
hinterGRÜNde

Grüne Infos aus dem Thüringer Landtag

Ausgabe 01/2016



**WIR SCHÜTZEN KLIMA
MIT GANZEM HERZEN!**



NACHGELEGT

Weichen für die Integration von Flüchtlingen gestellt

3

NACHGEFRAGT

Aktuelle Erkenntnisse und Lehren aus der Aufklärung des NSU

6

NACHGEFASST

Ökologische Land- und Forstwirtschaft in Thüringen voranbringen

10

Liebe Leserinnen und Leser,



mit einem Hoffnungsschimmer in der Klimapolitik endete das letzte Jahr. Auf der **Klimakonferenz in Paris** einigte sich die Weltgemeinschaft darauf, die durch Treibhausgase verursachte Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius zu begrenzen – wenn möglich sogar auf 1,5 Grad. Dies ist ein wegweisender Fortschritt, den es nun umso konsequenter umzusetzen gilt.

Für Deutschland heißt das: Raus aus der Kohle und rein in die Erneuerbaren Energien. Das wollen wir auch in Thüringen mit aller Kraft unterstützen. Dafür haben wir im **Doppelhaushalt 2016/2017** beispielsweise mit der Neuauflage des 1.000-Dächer-Solarprogramms sowie För-

derungen für energetische Gebäudesanierungen, den Öffentlichen Personennahverkehr und den Radwegeausbau wesentliche Weichen gestellt.

Besonders bewegt hat uns im letzten Jahr aber auch das Schicksal der vielen Tausend Menschen, die vor Krieg, Not und Gewalt zu uns geflohen sind. Unzählige ehrenamtliche Helferinnen und Helfer sowie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sozialer Verbände, von Verwaltungen, Kirchen, Flüchtlingsinitiativen und Vereinen arbeiten seitdem unermüdlich daran, die Geflüchteten menschenwürdig bei uns aufzunehmen und zu versorgen. Tagtäglich zeigen diese Menschen, dass Thüringen ein buntes und weltoffenes Land ist, das Schutzsuchende willkommen heißt. Dafür wollen wir ausdrücklich **DANKE** sagen!

Wettoffenheit und Toleranz waren in den vergangenen Monaten nicht immer selbstverständlich. Wiederholt verbreitete die Thüringer AfD auf Demonstrationen, in Bürgerdialogen und sogar im Plenum des Thüringer Landtags ihr völkisches und rassistisches Gedankengut. Damit zündelte sie am äußerst rechten Rand. Um zu zeigen, dass nicht nur die AfD und rechtsextreme Gruppierungen das Stimmungsbild in Thüringen prägen, unterstützten wir mit ganzer Kraft die Gründung des Bündnisses „Mitmenschlich in Thüringen“ und setzten mit einer gemeinsamen Großdemonstration ein klares Zeichen für Mitmenschlichkeit, Demokratie und Vielfalt im Freistaat.

Letztendlich war das Jahr 2015 auch geprägt von zahlreichen rot-rot-grünen Regierungserfolgen, vielen konstruktiven Gesprächen, interessanten Begegnungen und anregenden Diskussionen. Mit diesen Eindrücken und viel Schwung im Gepäck, wollen wir zusammen mit Ihnen und unseren Koalitionspartnern auch in diesem Jahr daran arbeiten, Thüringen voranzubringen – demokratisch, sozial, ökologisch.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Dirk Adams
Fraktionsvorsitzender

Inhalt

Editorial	2
FLÜCHTLINGE WILLKOMMEN	3
ZUKUNFTSFÄHIGE STRUKTUREN IN THÜRINGEN SCHAFFEN	4
Bürgergutachten im Rahmen der Gebietsreform	4
REGIONALE ENERGIEWENDE VORANBRINGEN	5
SONDERTHEMA NSU – INTERVIEW MIT ANDREA RÖPKE »Es gibt noch viel zu viele lose Enden«	6
FÜR EINE VITALE DIGITALE GESELLSCHAFT ..	8
Erste Erkenntnisse im Immelborn-UA	8
VIEL BEWEGUNG IM BEREICH ARBEIT, GESUNDHEIT UND SOZIALES	9
LANDWIRTSCHAFT VERTRÄGLICH GESTALTEN 10 FSC-Zertifizierung für den Staatswald auf dem Weg	10
TERMINE – Rück- und Ausblick	11

FLÜCHTLINGE WILLKOMMEN

Mehr als jemals zuvor beschäftigt uns das Thema Migration und Flüchtlinge. Etwa 28.000 Menschen kamen im Jahr 2015 nach Thüringen, um Schutz vor Krieg, Not und Gewalt zu suchen. Die meisten davon stammten aus Syrien, Afghanistan und dem Irak. Verglichen mit anderen Bundesländern haben wir dies sehr gut gemeistert. So musste bei uns beispielsweise kein Flüchtling in einem Zelt übernachten. Während die große Heraus-

forderung im vergangenen Jahr in der Unterbringung bestand, müssen wir in diesem Jahr mit der Integration vorankommen. Dafür haben wir im Doppelhaushalt 2016/2017 verschiedene Weichen gestellt.

Unter den 28.000 Ankömmlingen in Thüringen befanden sich rund **1.000 unbegleitete minderjährige Kinder und Jugendliche.**



In 10 Einrichtungen des Landes standen zum Ende des letzten Jahres **6.800 Plätze für die Erstaufnahme** zur Verfügung. Im nächsten halben Jahr sollen etwa 600 weitere entstehen.

Mehr Geld für Ehrenamtskoordination

Unser großer Dank gilt den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern, die überall in Thüringen Asylsuchende und ihre Familien beispielsweise mit ehrenamtlichen Sprachkursen, Begleitung bei Behördengängen, Patenschaften oder Spendensammlungen unterstützen. Um die solidarische, ehrenamtliche und zivilgesellschaftliche Hilfe für Geflüchtete zu fördern, haben wir mit dem Doppelhaushalt 2016/2017 die nötigen finanziellen Voraussetzungen für eine wirksame Ehrenamtskoordination geschaffen. Die Koordination soll in den kommenden zwei Jahren als Ansprechstelle des Landes für Kontaktvermittlung, Unterstützung und Beratung von Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtlern in der Flüchtlingsarbeit fungieren und helfen, tragfähige Strukturen in den Kommunen aufzubauen.

Schulsozialarbeit ab Januar wieder sichergestellt

Einige Landkreise haben aufgrund von Personalengpässen im Rahmen der Betreuung und Unterstützung von unbegleiteten ausländischen Minderjährigen die vom Land über das Landesprogramm Schulsozialarbeit finanzierten Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter in der Flüchtlingsintegration eingesetzt. Jugendpolitische Akteure, Lehrkräfte, Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sehen dies kritisch, da in diesen Fällen die wichtigen Aufgaben der schulbezogenen Jugendsozialarbeit an den Thüringer Schulen unerledigt bleiben. Im Landtag haben wir deshalb nachgefragt. Dort wurde uns versichert, dass im neuen Jahr die Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter wieder an die Schulen zurückkehren. Die Kommunen sind nun gefordert, die notwendigen Stellen in der Flüchtlingsintegration für die unbegleiteten ausländischen Minderjährigen schnell zu besetzen.



Unterstützt von den flüchtlingspolitischen Sprecherinnen der rot-rot-grünen Regierungsfractionen setzten sich Schülerinnen und Schüler der Thomas Mann Regelschule Erfurt Ende November 2015 vor dem Landtag für das Bleiberecht ihrer afghanischen Mitschülerinnen und Mitschüler ein.

Mehr Neueinstellungen für die Thüringer Schulen

Mit dem Doppelhaushalt 2016/2017 wird es mehr Neueinstellungen im Schulbereich geben als bisher geplant. So schaffen wir in den kommenden beiden Jahren 150 befristete Stellen für den Unterricht in Deutsch als Zweitsprache. Aufgrund der steigenden Schülerzahlen haben wir zudem neben den ohnehin geplanten 500 Neueinstellungen pro Jahr weitere 300 Neueinstellungen für die kommenden zwei Jahre vorgesehen. Wir meinen, damit kann es gelingen, die zusätzlichen Bedarfe durch neu zugewanderte Kinder und Jugendliche in den Schulen zu decken. Nun kommt es uns darauf an, für die neu einzustellenden Lehrkräfte möglichst langfristige und verlässliche Perspektiven im Schuldienst schaffen.

ZUKUNFTSFÄHIGE STRUKTUREN IN THÜRINGEN



Thüringen steht vor großen Herausforderungen, denn die letzte Bevölkerungsvorausberechnung zeigt eines besonders deutlich:

Wir werden weniger und bis 2030 etwa zehn Prozent an Bevölkerung verlieren.

Alle, die heute noch bestreiten, dass wir eine Gebietsreform brauchen, müssen sich daher vor Augen halten, dass weniger Menschen auch weniger Einnahmen bedeuten. Zudem können wir es vor den Bürgerinnen und Bürgern nicht verantworten, Strukturen vorzuhalten, die den Bevölkerungsrückgang ignorieren und unnötige Kosten verursachen. Zu beachten ist darüber hinaus die Leistungsfähigkeit der Verwaltung. Die bestehenden kommunalen Strukturen sind bereits jetzt durch Kleinteiligkeit

geprägt. Kleinteilige Verwaltungsstrukturen wiederum gehen zu Lasten der Verwaltungskraft.

Dem kann nur mit einer Vergrößerung der Verwaltungseinheiten begegnet werden; denn wir brauchen eine zukunftsfähige und leistungsfähige, aber auch weiterhin finanzierbare öffentliche Verwaltungsstruktur.

An die Einbringung des kommunalen Leitbildes „Zukunftsfähiges Thüringen“ im Thüringer Landtag schloss sich ein Diskussionsprozess an, der von fünf öffentlichen Regionalkonferenzen begleitet wurde. Eine Überarbeitung des Leitbildes war die Folge – ein Zeichen dafür, dass die Landesregierung diskursiv zu besseren Lösungen kommen möchte. Diese Reform ist keine Reform gegen, sondern für die Bürgerinnen und Bürger.

BÜRGERGUTACHTEN IM RAHMEN DER GEBIETSREFORM

Für uns ist für das Gelingen der Funktional- und Gebietsreform eine umfassende Bürgerbeteiligung entscheidend. Deshalb setzen wir uns dafür ein, erstmals sogenannte „Bürgergutachten“ in Thüringen durchzuführen.



Im Dezember 2015 stellten wir das Beteiligungsinstrument zusammen mit **Dr. Birgit Böhm**, Leiterin des nexus-Instituts für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung, und **Prof. em. Dr. Ulrich Sarcinelli**, Autor eines Gutachtens zur Bürgerbeteiligung in der Freiwilligkeitsphase in Rheinland-Pfalz, in einem Fachgespräch vor. **Dirk Adams** moderierte die Veranstaltung.

Anhand konkreter Beispiele zeigten die Referenten auf, wie neue Wege der Bürgerbeteiligung insbesondere auch im Rahmen der Gebietsreform gelingen können.

REGIONALE ENERGIE- WENDE VORANBRINGEN



Im Dezember 2015 hat die globale Weltgemeinschaft in Paris zum ersten Mal ein internationales Abkommen beschlossen, um den Klimawandel zu bekämpfen. Den Temperaturanstieg tatsächlich auf 1,5 Grad zu begrenzen, erfordert jetzt eine entschlosseneren Klimapolitik auch in Thüringen. In den grünen Kernbereichen Energie, Bauen und Verkehr haben wir mit den Haushaltsplanungen 2016/2017 wichtige Weichen gestellt.

So wird die ThEGA in ihrer Beratungstätigkeit zur Energieeinsparung, Energie- und Ressourceneffizienz endlich substanziell ausgebaut. Für das Bauen im öffentlichen Bereich wurden auf unsere Initiative hin richtungsweisende energetische Standards auf den Weg gebracht. Neubauten sollen künftig CO₂-neutral betrieben werden können. Bei umfassenden Sanierungen wird der CO₂-Ausstoß so gesenkt, dass er 40 Prozent unter den Vorgaben der gültigen Energieeinsparverordnung liegt. Bei geförderten Schulgebäuden wird es für ambitionierte energetische Standards eine Zusatzförderung geben.

Beim Verkehr legen wir mit der Einrichtung eines kreisübergreifenden Landesbusnetzes den Grundstein für die bessere Vernetzung von Bus und Bahn in einem geplanten Thüringen-Takt. Gleichzeitig wird endlich auch der Radverkehr mittelfristig deutlich gestärkt, indem die Mittel für Radwege vervierfacht werden. Zusammen mit unseren Koalitionspartnern wollen wir das Thüringer Radwegkonzept um Komponenten wie Schnellradwege, Rad-Elektromobilität und Mountainbike- Konzepte erweitern. Insgesamt werden zwei Millionen Euro im Jahr 2016 und 3,5 Millionen Euro im Jahr 2017 in diese umweltfreundliche Mobilitätsform investiert.

Im Bereich der erneuerbaren Energien haben wir lange überfällige Entwicklungen auf den Weg gebracht. So haben wir eine Potenzialstudie zur Windkraft im Wald in Thüringen in Auftrag gegeben und vorgestellt. Die Entwicklung der Solarbranche in Thüringen haben wir mit einem Fachgespräch und vielen Einzelgesprächen begleitet. Mit der Neugestaltung des 1.000-Dächer-Solarprogramms werden wir außerdem die Erzeugung von Sonnenstrom und Sonnenwärme mit dem Schwerpunkt Bürgerenergie



Unter dem Motto „Klima schützen – Zeit zu handeln“ verteilte Roberto Kobelt Flyer an Passanten, um auf die wegweisende Bedeutung der Klimakonferenz in Paris aufmerksam zu machen.

weiter ausbauen. Neue Initiativen wollen wir im Bereich der Verwertung von Bioabfällen und pflanzlichen Reststoffen, bei der Weiterentwicklung von Energiespeichern und bei einer Wärmewende auf der Basis erneuerbarer Energien auf den Weg bringen.

Ergebnisse der Klimakonferenz von Paris:

195 Staaten einigten sich auf ein **globales Klimaschutzabkommen** und den Ausstieg aus der fossilen Energiewelt.

Sie bekennen sich völkerrechtlich verbindlich zu dem Ziel, die **Erderwärmung auf unter 2 Grad** zu begrenzen.

Das bedeutet: **Die Welt muss** in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts **treibhausgasneutral werden**.



TOUS ENSEMBLE
POUR LE CLIMAT

cop21.gouv.fr #cop21

Studie zur Windenergie im Wald in Thüringen

Im August haben wir eine von uns in Auftrag gegebene Kurzstudie über die Möglichkeiten der Nutzung von Waldflächen für Windenergieanlagen vorgestellt. Das Ergebnis: Waldflächen in Thüringen können einen begrenzten Beitrag dazu leisten, das Thüringer Flächenziel von ein Prozent der Landesfläche für die Windkraftnutzung zu erreichen. ► gruenlink.de/12wv



»ES GIBT NOCH VIEL ZU VIELE LOSE ENDEN«

Mehr als vier Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU sind viele Hintergründe und Versäumnisse, die zu den schrecklichen Taten des Terror-Trios Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe führten, noch immer nicht aufgeklärt.

Auch die Aussage von Beate Zschäpe vor dem Münchner Oberlandesgericht hat daran nichts geändert. Wir haben mit der freien Journalistin und Politologin **Andrea Röpke** über Aufklärung und notwendige Konsequenzen gesprochen.

Wo sehen Sie den Stand der Aufklärung vier Jahre nach der Selbstenttarnung des NSU?

Es erinnert Vieles an die Nichtaufklärung von 1980. Der rechte Anschlag auf das Oktoberfest war das größte Mord- und Bombenanschlag der bundesdeutschen Geschichte seit 1945 und doch wissen wir kaum etwas über die politischen Hintergründe. Auch damals blockierten die Geheimdienste, Neonazi-Netzwerke blieben unbehelligt, Zeugen wurden nicht befragt. In der Geschichte rechten Terrors ähneln sich die Aufklärungsmuster.

So ist es auch im Fall der Taten des NSU. Entscheidende Fragen sind im Zusammenhang mit den zehn Morden und den Bombenanschlägen nicht geklärt. Besonders ernüchternd war auch die Erkenntnis, dass einige Inlandsgeheimdienste und Polizeibehörden trotz einer hohen Mitverantwortung an der Nichtaufklärung nicht zur Verantwortung gezogen wurden. Im Gegenteil: sie mauerten, behinderten erfolgreich und der Verfassungsschutz wird sogar noch aufgestockt. Das ist mehr als frustrierend und beschämend gegenüber den Opfern.

Wo gibt es aus Ihrer Sicht noch die größten Fragezeichen?

Da gibt es einige ganz zentrale Punkte, unter anderem: Wer half dem NSU-Trio tatsächlich bei der Vorbereitung der Verbrechen? Wie kommunizierte das Netzwerk untereinander? Und wie viel war grundsätzlich von den Verbrechen in Teilen der militanten Szene bekannt?

Es gibt noch viel zu viele lose Enden. Ich erhoffe mir dazu noch mehr Druck vom zweiten Untersuchungsausschuss im Bundestag. Dort könnten unter anderem Fragen nach der sogenannten NSU-DVD geklärt werden. Diese kursierte bereits um das Jahr 2005 und wirft die

Frage auf, seit wann die Behörden tatsächlich von der Existenz der Untergrundgruppe wussten. Auffällig ist auch, dass anscheinend viele Vernehmungen – insbesondere was Neonazi-Kontakte angeht – nur unzureichend verfolgt wurden. An entscheidenden Punkten wurde oft nicht nachgehakt. Neonazis missachteten die deutsche Justiz, damit hat man sie allzu häufig durchkommen lassen. Es lässt sich Vieles auflisten ...

Wie beurteilen Sie die Rolle Beate Zschäpes innerhalb des NSU-Komplexes (Mitläuferin oder Mittäterin)?

Beate Zschäpe ist keine Mitläuferin. Sie hat sich in den 1990er Jahren gemeinsam mit Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt radikalisiert, war Teil einer frühzeitig militant antisemitisch und rassistisch auftretenden Jenaer Szene. Sie log für die Kameraden und ging 1998 nach dem Sprengstofffund bewusst mit in den Untergrund. Videoaufnahmen der eigenen Überwachungskameras, die das „normale“, bürgerlich getarnte Leben im Zwickauer Unterschlupf zeigen, erwecken den Eindruck, sie hätte sogar zum Teil das Sagen gehabt.

Es ist bis heute unklar, wie sie vom Tod der beiden engsten Mitstreiter erfuhr, doch sie stellte sich nicht, sondern führte den Terrorplan zu Ende, indem sie das Versteck in Brand setzte und einen Teil der Bekenner-DVD mit dem Paulchen-Panther-Logo verbreitete. Sie rief Kameraden an, die ihr halfen, und floh höchstwahrscheinlich zu weiteren Kameraden, die ihr helfen sollten. Das sind alles klare politische



Foto: Andrea Röpke (privat)

Verhaltensregeln. Sie hat sich daran gehalten. Ebenso kann ihr langes Schweigen, ihre Nichtregung, das Verweigern von Reue als eindeutiges politisches Statement angesehen werden. Wenn Zschäpe jetzt aussagt bzw. ihren Anwalt eine Aussage verlesen lässt, dann will sie meines Erachtens nur eine Sicherungsverwahrung verhindern.

Welche Lehren aus der Aufarbeitung des NSU-Komplexes können uns heute dabei helfen, angemessen auf die zunehmende Gewaltbereitschaft und sprachliche Verrohung auch aus der Mitte der Gesellschaft zu reagieren?

Es werden wieder die falschen Zeichen gesetzt. Wir haben über 700 Brandanschläge gegen Flüchtlinge und nur die wenigsten davon werden tatsächlich aufgeklärt. Ich hätte gehofft, dass die Generalbundesanwaltschaft die Ermittlungen übernimmt und die Anschläge in einen politischen Kontext setzt. Denn diese Taten werden oft dort begangen, wo militante Neonazi-Strukturen vorkommen. Sie erfolgen oft in Folge vorheriger verbaler Hetze von regionalen Anti-Asyl-Gruppen. Eine Übernahme durch die höchste deutsche Justizbehörde hätte gezeigt: Wir nehmen das sehr, sehr ernst!

Im Fall des fürchterlichen Messer-Angriffs auf die Kölner Oberbürgermeisterin fühlte sich die Karlsruher Behörde sofort zuständig. Eine deutsche Politikerin als Opfer und schon wird von höchster Stelle ermittelt. Brennen dagegen ganze Häuser für Flüchtlinge ab, dann ist die örtliche Polizeistation zuständig. Das ist keine gute Symbolik.



Andrea Röpke befasst sich seit vielen Jahren mit Rechtsextremismus, veröffentlichte aufwendige Inside-Recherchen im Neonazi-Milieu und erhielt dafür zahlreiche Auszeichnungen, darunter »Das unerschrockene Wort« (2009), »Journalistin des Jahres« (Kategorie Politik, 2011) und den Paul-Spiegel-Preis für Zivilcourage 2015.

Foto: dpa – Christoph Schmidt

Seit Mai 2013 sitzt Beate Zschäpe auf der Anklagebank vor dem Oberlandesgericht in München. Nach mehr als zwei Jahren brach sie am 15. Dezember 2015 ihr Schweigen und ließ ihren Verteidiger eine Erklärung verlesen. Die große Hoffnung auf Antworten für die Angehörigen der Opfer wurde damit jedoch nicht erfüllt.



Madeleine Henfling und Referent Tamer Düzyol im NSU-Untersuchungsausschuss des Thüringer Landtags

Dazu Madeleine Henfling, Obfrau für die Fraktion im NSU-Untersuchungsausschuss des Thüringer Landtags:

„Dass die Angeklagte weiterhin nicht zur Aufklärung des NSU-Komplexes beiträgt, ist wenig überraschend. Zschäpe hat nahezu alle Punkte der Anklageschrift von sich gewiesen und lediglich versucht, ihre Rolle und Verantwortung zu negieren. Sie hat sich auf bereits bekannte Punkte fokussiert.“

Auffällig ist die explizite Erwähnung und Belastung Tino Brandts. Von anderen uns bekannten Nazis im Umfeld des NSU war hingegen keine Rede. Für mich drängt sich der Verdacht auf, dass Tino Brandt als Bauernopfer belastet wird und die bereits bekannten Verstrickungen bekräftigt werden. Damit lenkt Zschäpe von ihrer eigenen Verantwortung und anderen Personen im NSU-Umfeld ab.

Zschäpe bediente außerdem auffällig den Stereotyp der Mitläuferin und passiven Frau, die in entscheidende Planungen und Durchführungen nicht involviert war. Darüber hinaus stellt sie sich als ‚Opfer der Umstände‘ und als emotional Abhängige dar. Diese Rollenzuteilung stelle ich explizit in Frage.“

FÜR EINE VITALE DIGITALE GESELLSCHAFT



Im März hat die Bundesregierung der Öffentlichkeit den Gesetzentwurf zur Änderung des Telemediengesetzes vorgestellt. Weiterhin werden private Provider als „Störer“ in Haftung genommen, wenn sie nicht als „Hilfssheriffs“ die Namen ihrer Nutzer erfassen. Nach rechtssicheren Regelungen für diejenigen, die ihre Netze für Dritte öffnen, sucht man vergebens – private und kommerzielle Anbieter sind immer noch nicht gleich gestellt. Für uns hat sich die Landesregierung im Bundesrat für die vollständige Abschaffung der Störerhaftung eingesetzt und der Bundesrat hat eine entsprechende Empfehlung abgegeben. Derzeit läuft die öffentliche Anhörung.

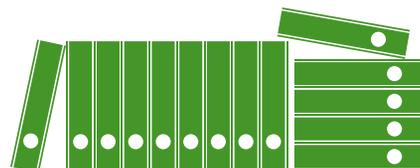
Die derzeitige Rechtsunsicherheit in Sachen Störerhaftung stellt ein enormes Hemmnis für den Ausbau von Freifunkinitiativen dar. Freifunknetze sind Gemeinschaftsnetze, die für alle zugänglich sind und in denen die Gemeinschaft die Regeln aufstellt, um sie zu erhalten. So entstehen Bürgernetze, die Teilhabe ermöglichen und einer digitalen Spaltung der Gesellschaft entgegenwirken. Wir werden die Nutzung von Landesliegenschaften als Standorte für WLAN-Router ermöglichen und gemeinsam mit der Landesregierung im kommenden Jahr eine Verordnung erlassen, die den Zugang von Freifunkinitiativen zu Landesimmobilien ermöglicht und die notwendigen Rahmenbedingungen schafft.

Wir setzen uns für eine vitale digitale Gesellschaft ein, die von Teilhabe durch einen verstärkten Breitbandausbau, Netzneutralität und das Fallen der Störerhaftung lebt.

Pressemitteilung: Madeleine Henfling begrüßt Bundesratsempfehlung zur bedingungslosen Abschaffung der Störerhaftung ▶ gruenlink.de/12x8

Plenarrede: Madeleine Henfling zur Stärkung des Freifunks in Thüringen ▶ gruenlink.de/12x9

ERSTE ERKENNTNISSE IM IMMELBORN-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS



Im November ist der Untersuchungsausschuss zum Aktenlager Immelborn mit der Vorsitzenden Madeleine Henfling in die Beweisaufnahme eingetreten. Bis zur Entdeckung im Sommer 2013 lagen Krankenakten und Lohnunterlagen

weitgehend ungesichert in dem Betriebsgebäude einer seit 2008 insolventen Archivierungsfirma. Die ersten Zeugenvernehmungen haben das fehlende Problembewusstsein beim Umgang mit sensiblen Daten leider erneut bestätigt. Obwohl an unterschiedlichen Stellen Kenntnisse über den Zustand des Lagers vorlagen, wurden keinerlei datenschutzrechtliche Maßnahmen zur Sicherung der Akten eingeleitet. Weder bei öffentlichen Institutionen wie Gemeinde, Ordnungsamt oder Thüringischem Staatsarchiv, noch bei den für die Abwicklung der Betreiberfirmen verantwortlichen Insolvenzverwaltern, wurden Fragen des Datenschutzes überhaupt thematisiert. Im weiteren Verlauf des Untersuchungsausschusses wird zu ermitteln sein, inwieweit es weitere Versäumnisse beim Thema Datenschutz gegeben hat und welche Lehren für die Dienstleistungsbranche der Aktenarchivierung aus dem Datenskandal zu ziehen sind.



VIEL BEWEGUNG IM BEREICH ARBEIT, GESUNDHEIT UND SOZIALES



Ein Jahr in Regierungsverantwortung für Thüringen – das bedeutet ein Jahr guter Erfolge und erster Schritte in eine sozial ausgewogenere Politik vor allem in den Bereichen Gesundheit, Soziales und Arbeit.

So ist es uns gelungen, mit dem Landesprogramm für öffentlich geförderte Beschäftigung Maßnahmen zu installieren, die es ermöglichen, langzeitarbeitslosen Menschen eine bezahlte Beschäftigungsmöglichkeit zu geben. Mit gemeinwohlorientierter Arbeit sollen wichtige Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge und Infrastruktur erfüllt werden.

Unser besonderes Augenmerk lag auf der Versorgung mit Hebammenleistungen für junge Thüringer Familien. Mit 50.000 Euro haben wir im Landeshaushalt 2016/2017 die Weichen für erste Verbesserungen gestellt. Damit wieder mehr Ärztinnen und Ärzte in den Gesundheitsämtern eingestellt werden können, sind im kommenden Haushalt außerdem Mittel für die Stärkung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes eingestellt. Damit leisten wir einen wichtigen Beitrag zur Sicherstellung der Gesundheitsversorgung in den Kommunen.

Im Bereich Suchtprävention haben wir als Regierungskoalition einen Antrag in das Plenum eingebracht, um den Jugendschutz zu stärken und eine Entkriminalisierung von

Konsumentinnen und Konsumenten anzuregen. Als großes Ziel für die nächste Zeit sind Maßnahmen und Initiativen für die verbesserte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen geplant. Wir freuen uns darauf, auch 2016 für GRÜNE Perspektiven in diesen Bereichen zu sorgen.



Im Sommer 2014 war Babett Pfefferlein auf Gesundheitstour in Nordthüringen unterwegs. Dort traf sie sich unter anderem mit Landhebamme Christiane Schüller (links), begleitete einen Tag lang Altenpfleger Dirk Jakob von der Volkssolidarität in Sondershausen und kam mit einigen Senioren der Tagespflege des „Grimmelhofes“ in Nordhausen ins Gespräch (oben). Im Ergebnis gewährte die Tour tiefe Einblicke in die Strukturen unseres komplexen Gesundheits- und Pflegesystems und die Herausforderungen, die dies gerade im ländlichen Raum mit sich bringt.

LANDWIRTSCHAFT VERTRÄGLICH GESTALTEN



Hunger muss in Thüringen niemand leiden. Doch für unser Wohlbefinden geht es um mehr als nur Sättigungsbeilagen. Böden sind kaum regenerierbar und Tiere Mitgeschöpfe, für die wir ein besonderes Maß an Verantwortung tragen.

Unsere Fraktion hat sich deshalb innerhalb der Koalition für mehr ökologischen Landbau, verträglichere Tierhaltung, weniger Antibiotikaeinsatz und den umfassenden Ausschluss von Gentechnik eingesetzt.

Besonders entsetzt haben uns die Berichte über unerträgliche Umstände in einigen Betrieben mit Massentierhaltung. Bereits im Frühjahr 2015 haben wir einen Besuch vor Ort organisiert und mussten trotz intensiver Vorbereitungen der Betreiber feststellen, dass die Tiere dort nicht so gehalten werden, wie es die Verbraucherinnen und Verbraucher erwarten. Wir arbeiten deshalb daran, dass alle Förderbedingungen des Landes so gestaltet werden, dass nur landwirtschaftliche Betriebe, die in die Verbesserung des Tierwohls investieren, gefördert werden. Im Förderjahr 2015 ist uns das gelungen.

Darüber hinaus hat die Landesregierung mit dem Ökoaktionsplan die praktischen Voraussetzungen geschaffen, um den Anteil des Ökolandbaus endlich wieder zu erhöhen. Auch bei der Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes in der Tierhaltung sind wir einen Schritt vorangekommen. Alle Thüringer Unternehmen haben im Rahmen einer Bundes-

regelung ihren Antibiotikaeinsatz gemeldet. Betriebe mit überdurchschnittlich hohem Antibiotikaeinsatz sind nun verpflichtet, eine Planung zur Reduktion zu erstellen.

Aktuelle Zahlen zur Tierhaltung in Thüringen:

Es gibt **1,55 Millionen** Mastplätze für Hähnchen, **162.000** für Puten sowie **1,84 Millionen** für Hennen in der Eierproduktion. Dazu kommen rund **811.000** Schweine und **339.000** Rinder – die meisten davon in Massentierhaltung – **4,8 % in rund 165 Öko-betrieben. Unser Ziel bis 2020: 10 % Öko-Anteil.**

FSC-Zertifizierung für den Staatswald auf dem Weg



Im Koalitionsvertrag haben wir auf grüne Initiative festgelegt, dass der Thüringer Staatswald schrittweise nach den Kriterien des Forest Stewardship Council (FSC) zertifiziert wird. Hierzu sollen ein Konzept und ein Zeitplan gemeinsam mit „Thüringen Forst“ erarbeitet und in Abständen evaluiert werden. Das FSC-Zertifikat stellt erhöhte Ansprüche an die Nachhaltigkeit und Naturnähe von Forstflächen. So dürfen maximal 20 Prozent der Fläche mit standortfremden Arten bewachsen sein. Auf den Einsatz von Chemie wird verzichtet und wesentlich mehr Totholz im Wald belassen, um den Artenreichtum zu fördern. Auch soziale Kriterien werden angelegt. Bislang ist der Thüringer Forst lediglich nach dem schwächeren PEFC-Standard zertifiziert.

Um diesen Prozess voranzubringen, fand im Sommer auf Einladung des Umwelt- und des Landwirtschaftsministeriums ein Fachgespräch mit Referentinnen und Referenten aus Ländern statt, die in ihrem Staatswald bereits diese höheren Standards eingeführt haben. Auf Einladung der Forstverwaltung Rheinland-Pfalz besuchten in der Folge mehrere Abgeordnete, darunter Olaf Müller, den dortigen Forst. Die Erfahrungen der Rheinländer zeigen, dass eine parallele Zertifizierung nach PEFC und FSC mit vertretbaren Kosten umsetzbar ist und mittelfristig auch neue Einnahmemöglichkeiten erschließt. Wir werden uns deshalb weiter dafür einsetzen, dass der Koalitionsvertrag auch in diesem Punkt konsequent umgesetzt wird.

© FSC Deutschland

Foto: Thüringer Landtag (mit Landtagspräsident Christian Carius)

PERSONALWECHSEL



Seit Mitte Oktober verstärkt Olaf Müller (links) die Fraktion. Er übernahm das Mandat von Anja Siegesmund und die Verantwortung für die Fachbereiche Haushalt/Finanzen, Wirtschaft, Landwirtschaft und Forsten.

RÜCK- UND AUSBLICK TERMINE



Alle Termine und Infos gibt es auch auf der Internetseite der Fraktion: gruenlink.de/gch

9. November 2015:

Unter dem Motto „Mitmenschlich in Thüringen“ haben wir gemeinsam mit etwa 6.000 Menschen am 9. November in Erfurt ein deutliches Zeichen für Demokratie, Vielfalt und Mitmenschlichkeit gesetzt. Aufgerufen dazu hatte ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Religionsgemeinschaften, Wirtschaftsverbänden, Politik und vielen mehr. Uns war es wichtig, zu zeigen, dass nicht nur AfD und rechtsextreme Gruppierungen das Stimmungsbild in Thüringen prägen, sondern auch viele weltoffene, hilfsbereite und tolerante Menschen.



20. November 2015:

Zum 12. bundesweiten Vorleseitag erklärten sich mehr als 100.000 Lesepaten bereit, ihre Lieblingsgeschichten vorzulesen. Auch Babett Pfefferlein war in ihrem Wahlkreis unterwegs und las in der Kita „Pustebly“ in Sondershausen die Geschichte von Elmar, dem etwas anderen Elefanten vor. Sie erzählt in bunten Bildern davon, dass gerade das Anderssein unsere Welt viel bunter und liebenswerter macht. Nicht nur die Kinder hatten viel Spaß, auch Babett Pfefferlein genoss diesen etwas anderen Vormittag sehr.



Foto: Sylvia Spehr

1. Dezember 2015:

Dank des medizinischen Fortschritts hat die Immunschwächekrankheit AIDS viel von ihrem ursprünglichen Schrecken verloren – zumindest für jene Patientinnen und Patienten, die freien Zugang zu den Medikamenten haben. Nichtsdestotrotz ist und bleibt Aufklärung über die Krankheit und ihre Verbreitung unheimlich wichtig, denn besiegt ist sie noch lange nicht. Deshalb haben wir am jährlichen Welt-AIDS-Tag wieder Schleife gezeigt.



Mitte Februar 2016:

In einem Fachgespräch wollen wir mit Vertreterinnen und Vertretern der Thüringer Solarbranche über die Neugestaltung des bisherigen 1.000-Dächer-Solarprogramms diskutieren. Die künftige Richtlinie soll die Systemintegration von Solarstrom und Solarwärme weiter fördern und noch besser auf bestimmte Zielgruppen zugeschnitten werden. Der genaue Termin wird noch bekannt gegeben.



27. Februar bis 6. März 2016:

Zum 26. Mal findet auf dem Gelände der Erfurter Messe die Thüringen-Ausstellung mit über 700 Ausstellerinnen und Ausstellern in elf Themenwelten statt. Auch der Landtag und die grüne Landtagsfraktion werden vertreten sein. Wir freuen uns auf viele interessierte Besucherinnen und Besucher und einen angeregten Austausch!



DIE MITARBEITERINNE^N DER FRAKTION

Geschäftsstelle



Julia Ströbel
Fraktionsgeschäftsführerin
Telefon: 0361/3772669
E-Mail: julia.stroebel@
gruene-fraktion.thueringen.de



Ines Birkmann
Referentin der Fraktion
Telefon: 0361/3772670
E-Mail: ines.birkmann@
gruene-fraktion.thueringen.de



Beate Blumenstein
Referentin des Fraktionsvorsitzenden
Telefon: 0361/3772660
E-Mail: beate.blumenstein@
gruene-fraktion.thueringen.de



Beatrice Sauerbrey
Referentin der Parlamentarischen Geschäftsführung
Telefon: 0361/3772676
E-Mail: beatrice.sauerbrey@
gruene-fraktion.thueringen.de

Pressestelle



Silke Fließ
Pressesprecherin
Presse- und Kommunikationsverantwortliche
Telefon: 0361/3772666
E-Mail: silke.fliess@
gruene-fraktion.thueringen.de



Mona Walter
Stellvertretende Pressesprecherin
Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit,
Veranstaltungskoordination
Telefon: 0361/3772690
E-Mail: mona.walter@
gruene-fraktion.thueringen.de

Impressum

hinterGRÜNde

Fraktionszeitung von
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Landtagsfraktion Thüringen

Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
Telefon: 0361/3772670

E-Mail: info@gruene-fraktion.thueringen.de
Internet: www.gruene-fraktion.thueringen.de

Vi.S.d.P.: Silke Fließ

Druckunterlagenschluss: Januar 2016
Layout, Satz: WA Kleine Arche GmbH, Erfurt

Titelbild: Pressmaster/shutterstock.com

Dieses Material darf nicht zu Wahlkampfzwecken verwendet werden.
Wir nutzen Ihre gespeicherten Kontaktdaten ausschließlich für die Zusendung von Informationen über unsere parlamentarische Arbeit. Nachfragen oder Widersprüche an: datenschutz@gruene-fraktion.thueringen.de

Parlamentarische Beratung



Alexander Drygalla
Referent für Finanzen, Haushalt, Wirtschaft und Tourismus
Telefon: 0361/3772678
E-Mail: alexander.drygalla@
gruene-fraktion.thueringen.de



Tamer Düzyol
Referent für die Begleitung des NSU-Untersuchungs-
ausschusses
Telefon: 0361/3772682
E-Mail: tamer.duezyol@
gruene-fraktion.thueringen.de



Christian Foss
Referent für Wissenschaft, Netzpolitik, Europa, Medien
Telefon: 0361/3772689
E-Mail: christian.foss@
gruene-fraktion.thueringen.de



Tino Gaßmann
Referent für Bildung, Jugend, Gleichstellung, Asyl- und
Migrationspolitik sowie Justiz
Telefon: 0361/3772683
E-Mail: tino.gassmann@
gruene-fraktion.thueringen.de



Kathleen Lützkendorf
Referentin für Soziales, Gesundheit, Verbraucherschutz,
Ernährung, Arbeit und Petitionen
Telefon: 0361/3772693
E-Mail: kathleen.luetzkendorf@
gruene-fraktion.thueringen.de



Ralf Martin
Referent für die Begleitung des Immelborn-Untersuchungs-
ausschusses
Telefon: 0361/3772691
E-Mail: ralf.martin@
gruene-fraktion.thueringen.de



Matthias Schlegel
Referent für Bau, Landesplanung, Verkehr, Landwirtschaft
und Forsten
Telefon: 0361/3772691
E-Mail: matthias.schlegel@
gruene-fraktion.thueringen.de



Norbert Sondermann
Referent für Energie, Klima, Umwelt und Naturschutz
Telefon: 0361/3772692
E-Mail: norbert.sondermann@
gruene-fraktion.thueringen.de



Antonia Sturm
Referentin für Innen, Kommunales, Datenschutz und Kultur
Telefon: 0361/3772677
E-Mail: antonia.sturm@
gruene-fraktion.thueringen.de

Besuchen Sie uns auch im Social Web!



www.facebook.com/gruenthl
www.twitter.com/gruenethl
www.flickr.com/gruenethl
www.youtube.com/gruenethl